

Schmahl, Hans-Jürgen

Article

1975: Jahr der Probleme

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1974) : 1975: Jahr der Probleme, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 12, pp. 612-613

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/134756>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



1975: Jahr der Probleme

Am Ende dieses Jahres befindet sich die Wirtschaft in einem Zustand, von dem man – mangels ausreichend aktueller Daten – nicht genau weiß, ob man ihn später als Rezession einstufen wird. Immer deutlicher wird jedenfalls, daß sich die Arbeitslosigkeit unausweichlich auf jene Reizziffer von einer Million zubewegt, die noch vor einigen Wochen die Gemüter so in Wallung brachte. Dies ist ein Klima, in dem es gewiß nicht leicht ist, das Geschäft der Wirtschaftspolitik mit Augenmaß zu betreiben. Nach wie vor gilt es ja, Beschäftigungs- und Stabilitätsrisiken gegeneinander abzuwägen – und zwar gerade deshalb, weil es letztlich ohne ein Mindestmaß von Stabilität auf Dauer auch keine Vollbeschäftigung geben würde. Der Bundesregierung ist hoch anzurechnen, daß sie sich unter dem Eindruck der zunehmenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage nicht zu hektischen Reaktionen treiben ließ. Diese Haltung als unentschlossenes Zögern abzuqualifizieren, wie es jüngst der wirtschaftspolitische Sprecher der Opposition tat, ist einigermaßen grotesk.

Die nunmehr von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Konjunkturanregung – Investitionszulagen und staatliche Ausgabenprogramme – sind nach Art und Umfang dazu bestimmt, die „selbsteilenden Kräfte“ der Wirtschaft zu stärken, nicht aber zu ersetzen. Die Ausgabenprogramme schließen sowohl in der Größenordnung wie in der Zielrichtung weitgehend an die zwei anderen an, die im Februar und September 1974 beschlossen worden waren. Sie sollen in Schwerpunkten der Unterbeschäftigung gegensteuern. Die Investitionszulagen setzen dort an, wo das binnenwirtschaftliche A und O unserer künftigen Wirtschaftsentwicklung gesehen werden muß, bei der Stärkung der unternehmerischen Investitionsneigung. Der Zusammenhang der Investitionsschwäche mit der ungünstigen Gewinnentwicklung ist zu offensichtlich, als daß er noch in Zweifel gezogen werden könnte. Investitionszulagen wirken insofern ähnlich wie Gewinnerhöhungen, als sie die Rentabilität von Investitionen verbessern. Um die Investitionsneigung anzuregen, muß aber noch ein weiteres hinzukommen, nämlich die Erwartung ausreichender Gewinne in der Zukunft. Dies schließt die Erwartung steigenden Absatzes ein.

Soll die erforderliche Gewinnstärkung nicht durch entsprechend kräftige Preiserhöhungen erreicht werden – und gerade dies ist ein Ziel, das nach wie vor hohen Rang haben muß –, ist Zurückhaltung bei Kostenerhöhungen erforderlich. Und der weitaus wichtigste Kostenfaktor einer jeden Volkswirtschaft sind nun einmal die Löhne und Gehälter. Es wäre ein gefährliches Mißverständnis, wenn aus dem jüngsten Verhalten der Wirtschaftspolitik geschlossen würde, der Rahmen für Lohnerhöhungen sei nunmehr wieder größer, als er bisher – vor allem in der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute und im Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – markiert worden ist. Die Notwendigkeit, die tariflichen Abschlußsätze „deutlich unter 10 %“ zu halten, besteht nach wie vor. Was an Lohnerhöhungen möglich ist, ohne zum weiteren Verfall der Beschäftigung zu führen, ergibt sich

unter den heute herrschenden Bedingungen aus der stabilisierungsgerechten Setzung des monetären Rahmens durch die Bundesbank. Dieser Rahmen ist bekannt, denn die Bundesbank hat ihn jüngst zum ersten Mal im voraus angegeben, und er ist eng.

Wenn aus den zwingenden Zusammenhängen von Gewinn, Investition und Beschäftigung die Forderung nach Stärkung der Gewinne abgeleitet wird, so begegnet das oft heftiger ideologischer Kritik. Gewiß ist dies nicht zuletzt die späte Antwort auf eine andere Ideologie, die früher in der Bundesrepublik dominierte, nach der nämlich Lohnerhöhungen schlechthin die Ursache allen Übels seien. Doch wenn heute die Neigung besteht, den Spieß konsequent umzudrehen, dann ist das natürlich genauso falsch. In einer Marktwirtschaft hat der Gewinn nun einmal jene Anreizfunktion, ohne die es keine ausreichenden Investitionen und damit keine Vollbeschäftigung geben kann. Diesen Zusammenhang zu respektieren, liegt im wohlverstandenen Eigeninteresse der Arbeitnehmer. Dabei muß immer wieder betont werden, um welche Dimension es eigentlich geht, wenn von der Notwendigkeit einer „Zurückhaltung“ bei den Lohnerhöhungen gesprochen wird. Steuer- und Kindergeldreform sichern der Masse der Arbeitnehmer auch dann einen kräftigen Anstieg der Nettolöhne und -gehälter, wenn die tariflichen Abschlußsätze in den als erforderlich angedeuteten Größenordnungen bleiben. Und die Gefahr, daß sich Mäßigung nicht auszahlt, weil die Preise davonlaufen, ist unter den Bedingungen einer straffen Geldpolitik, wie wir sie dank floatendem Wechselkurs heute haben, ungleich geringer als früher. Im übrigen könnte man sich durch die Aufnahme von Nachverhandlungsklauseln in die Tarifverträge gegen alle Eventualitäten absichern.

Angesichts der neuen Maßnahmen gewinnt die Problematik des hohen Staatsdefizits noch an Gewicht. Daß es sich bei den Gebietskörperschaften um mehr als 50 Mrd. DM handeln wird, die 1975 auf dem Kreditwege aufzubringen sein werden, dürfte nunmehr sicher sein. Die daran geknüpften Befürchtungen, ob solche gigantischen Größenordnungen überhaupt zu bewältigen seien, ohne die Kreditmärkte – und namentlich den Kapitalmarkt – zu deroutieren, sind durch die jüngste Entwicklung am Kapitalmarkt eigentlich schon widerlegt. Wenn angesichts solcher Defizite der Kapitalmarktzins in kurzer Zeit um ein volles Prozent sinken konnte, dann braucht man um die Finanzierbarkeit nicht zu bangen. Dagegen spricht auch nicht die Tatsache, daß die Emissionstätigkeit in letzter Zeit gering war, was eine Zinssenkung begünstigt hat. Der entscheidende Bestimmungsgrund für Zinsbewegungen sind die Zinserwartungen; sie drücken Zuversicht aus. Das ist gut so, denn einen Ausweg aus konjunkturbedingten Staatsdefiziten – die „abschwungsbedingten“ Steuerausfälle sind erheblich größer als die „reformbedingten“ – gibt es ohnehin nicht. Gleich, ob man das Defizit durch Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen verringern wollte, nichts führt in dieser Situation zum Ziel. Beides würde nämlich die Konjunktur weiter schwächen und damit das Steueraufkommen verringern.

Sind die binnenwirtschaftlichen Ansätze für die allmähliche Herbeiführung einer konjunkturellen Wende – Steuer- und Kindergeldreform, hohe Staatsausgabenzuwächse, gezielte Anregungen durch die Wirtschaftspolitik – auch vorhanden, so bleibt doch als große Unbekannte in der Rechnung das weltwirtschaftliche Geschehen. Zwar bemühen sich immer mehr Länder um eine Wiederankurbelung ihrer Konjunktur, so daß insoweit die Gefahr einer „Weltrezession“ mit ihren gefährlichen Folgen für unsere Ausfuhr geringer wird. Doch es bleiben die Risiken, die sich aus den Zahlungsbilanzungleichgewichten vieler Industrieländer ergeben.

Fundamentale Lösungen, die auch langfristig Bestand haben können, sind gewiß nicht rasch zu erwarten. Doch darauf kommt es im Augenblick auch nicht an. Jetzt muß die Rückschleusung der Ölgelder mit allen Mitteln aufrechterhalten werden, wie es bisher auch durchaus gelungen ist. Denn ein zahlungsbilanzinduzierter Kollaps der internationalen Handels- und Leistungsströme würde mit den Mitteln unserer nationalen Konjunkturpolitik beschäftigungspolitisch nicht entfernt auszugleichen sein. Da dies mehr oder weniger für alle Länder gilt, besteht Grund zur Hoffnung, daß alle das ihre zur Bewältigung der Zahlungsbilanzprobleme tun werden, ohne zu Mitteln zu greifen, die letztlich allen schaden müßten. Schwierig wird die vor uns liegende Wegstrecke auch dann sein.